

## 1. Mai 2005

**11.5.2005** Der 1. Mai in Augsburg begann eigentlich schon am 28. April mit einer Veranstaltung zur „Globalisierung“ im großen Besprechungsraum der IG Metall. Vor 25 bis 30 Teilnehmern sprach Conrad Schuler, Dipl.-Volkswirt, Journalist, USA-Kenner und Leiter des linken *isw-institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.*, München. Der Vortrag und die Diskussion handelten hauptsächlich von den Machenschaften der multinationalen Konzerne und ihren „Verwüstungen“ im globalen Raum. Die Dämonisierung stand im Vordergrund, was natürlich vielen Kollegen, die sich an der Front befinden, aus dem Herzen sprach. Die Perspektivlosigkeit dieser Anschauungen fällt erst auf, wenn man einmal nach den materiellen Grundlagen der „Globalisierung“ fragen und die Vorteile internationaler Arbeitsteilung in Bedacht nehmen würde. Von gewerkschaftlichen Gegenstrategien handelte der Vortrag – obwohl versprochen – leider nicht. Klar, dass solche schwierigen Überlegungen auch in der anschließenden Diskussion höchstens ansatzweise angesprochen werden konnten. Das Interesse der engagierten Gewerkschafter an solchen Fragen und die dringende Notwendigkeit einer Klärung war spürbar groß. Dafür war die Veranstaltung ein Anstoß – mehr aber auch nicht. Leider kamen auch keine hauptamtlichen Funktionäre – was angesichts des immensen Theorie- und Strategie-Problems der Gewerkschaftsbewegung schon problematisch ist.

Der „1. Mai“ ging weiter mit einem Umzug von 70 TeilnehmerInnen von *Autonome Gruppe „Contra Real“*, *Infoladen Augsburg*, *Jugendbündnis Augsburg* und *basta* am Vorabend des 1. Mai. *basta* versteht sich als linksradikale studentische Gruppe und Gegenstück zum AStA, der von Jusos und Grünen dominiert, zur Untätigkeit neigt und der Einführung von Studiengebühren offensichtlich nichts Ernsthaftes entgegen setzen will. Nach Aussagen der Veranstalter waren die Themenschwerpunkte „Arbeit und Studiengebühren und wie viel besser die Welt ohne diese und noch einige andere ätzende Dinge sein könnte“. Die Demo sollte eine Alternative zur alljährlichen „Latschdemo des DGB“ sein. Nach Aussagen von TeilnehmerInnen war die Demo klein aber fein und „lustig“. Auch hier stand die Konzernkritik im Vordergrund, aber mit der überlegenswerten These und dem Ziel, „dass Überleben nicht zwangsläufig an Lohnarbeit gekoppelt sein muss“. Die Perspektive „Work hard – die young“ ist nicht hinnehmbar, Rebellion gegen Staat, Nation und kapitalistische Produktion angesagt.

Im Gegensatz zur wohlwollenden Berichterstattung im Vorjahr berichtete die Augsburger Allgemeine diesmal weder über die autonome Demonstration noch über die 1. Mai-Demonstration des DGB mit rund 800 Teilnehmern! Für die Augsburger Allgemeine ging die 1. Mai-Aktion des DGB erst mit der Kundgebung auf der Freilichtbühne an. Allerdings war dieser Zeitung auch die Kundgebung des DGB kein Foto wert. Dass die Betriebsratsvorsitzende der Augsburger Allgemeinen eine der Hauptreden hielt, wurde selbstverständlich auch nicht erwähnt in dieser Zeitung.

Die Betriebsratsvorsitzende der Augsburger Allgemeinen, Ilona Hinzmann, ging auf die schwere Tarifrunde in der Druck- und Papierindustrie ein, wo die Kapitalisten die kompletten Manteltarifverträge gekündigt und harte Gegenforderungen aufgestellt haben. In den Manteltarifen werden die Arbeitsbedingungen festgelegt. Die Kapitalisten wollen die gewerkschaftlichen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte wegfegen!

Weitere Tarifaueinandersetzungen spielten in den Reden auf der DGB-Kundgebung eine Rolle. Im bayerischen Einzelhandel wird um eine spürbare Anhebung der unteren

Einkommensgruppen und um ein tarifliches Mindesteinkommen von 1500 € für Vollzeit gekämpft. Eine sehr wichtige Tarifbewegung. Im Öffentlichen Dienst will die CSU für tausende Beschäftigte des Bezirks Schwaben Tariffucht begehen, ein Skandal ohne gleichen. Hinzu kommt die Stahlindustrie, wo die IG Metall mit einer hohen Forderung den Boom dieser Branche und die Arbeitsintensität etwas ausgleichen wollte.<sup>1</sup>

Insgesamt also schwere Tarifbewegungen, die über die Arbeitsbedingungen der nächsten Jahre von hunderttausenden Beschäftigten entscheiden. In dieser Lage kommen die politischen Angriffe aus Politik und Wirtschaft hinzu, die brutaler eigentlich kaum sein können. Herr Broderson, Herausgeber des Wirtschaftsblattes *aktiv*, das auch in den Betrieben breit verteilt wird, hetzt gegen den 1. Mai, gegen die Roten und spricht sich für eine Abschaffung dieses Tages als Feiertag aus. Der 1. Mai als Feiertag käme aus der Tradition der „sogenannten UdSSR“ und des Nationalsozialismus und sei heutzutage eine diktatorische Anmaßung des Rechtsstaats.<sup>2</sup> Man soll nicht glauben, dass das nur Redensarten von einigen Scharfmachern sind. Die Forderung nach Abschaffung des 1. Mai als Feiertag liegt auf dem Tisch und käme einem Verbot gleich!

Westerwelle konterte den „Heuschrecken-Vorwurf“ Münteferings<sup>3</sup> in einem Focus-Interview am 2. Mai folgendermaßen:

„Das Problem sind nicht die angeblichen Heuschrecken-Unternehmer, sondern die Bsirskes und die Engelen-Kefers. Die Gewerkschaftsfunktionäre sind die wahre Plage in Deutschland, denn deren Politik kostet Hunderttausende Arbeitsplätze. [...]“

*Frage: Was wollen Sie gegen die Gewerkschaften unternehmen?*

<sup>1</sup> Inzwischen liegt ein Abschluss vor, der aber noch zu bewerten ist

<sup>2</sup> Auch der 1. Mai hat schon bessere Beteiligungsstatistiken verzeichnen können. Zum Feiertag brachte er es erst im totalitären sozialistischen Staat unter dem berüchtigten Rotstern, der so genannten UdSSR. Im Westen blieb er, was er gewesen war: ein gewerkschaftlicher Mobilisierungstag – nach Feierabend. Bis der totalitäre nationalsozialistische Staat unter dem berüchtigten Hakenkreuz – sozusagen im ersten Hitler/Stalin-Pakt – sich das bolschewistische PR-Instrument zu Eigen machte. Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen! Oder? Der demokratische Rechtsstaat sollte sich nicht anmaßen dürfen, nach Diktatoren-Art den „Werktagen“ sein Wohlwollen zu bekunden, indem er Gewerkschaften einen Reklamefeiertag zuschanzt. Wenn diese am 1. Mai auf den Putz hauen wollen, mögen sie es nach Feierabend tun. (In den USA müssen die Parteien ihre Wähler an einem Werktag an die Urnen bringen.) *aktiv Ausgabe Bayern 30.4.2005*

<sup>3</sup> Das berüchtigte Zitat im Wortlaut: „Manche Finanzinvestoren verschwenden keinen Gedanken an die Menschen, deren Arbeitsplätze sie vernichten. Sie bleiben anonym, haben kein Gesicht, fallen wie Heuschreckenschwärme über Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter. Gegen diese Form von Kapitalismus kämpfen wir.“ Westerwelle in der „*Bild am Sonntag*“ 17.4.2005

In einem *Stern*-Artikel erfuhr man mehr dazu: „Wer oder was aber genau die skrupellosen Heuschrecken sind, die über die Industrielandschaften ziehen und sie abgrasen blieb bisher im Dunkeln. So weit raus wollte sich Franz Müntefering nun doch nicht aus dem Fenster hängen. Jedenfalls fühlten sich eine Reihe deutscher Unternehmenslenker auf den Schlips getreten und wie sich nun herausstellt: zu Unrecht. Denn Müntefering meinte eigentlich ganz andere Firmen, wie aus einer internen Argumentationshilfe hervorgeht, die diese „Heuschreckenfirmen“ beim Namen nennt - das von der Planungsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion erstellte Hintergrundpapier „Marktradikalismus statt sozialer Marktwirtschaft - Wie Private Equity-Gesellschaften Unternehmen verwerten“, liegt *stern.de* vor.

#### **Im Visier: US-Investment-Gesellschaften**

Dabei nimmt die SPD die Finanzinvestoren, Firmen oder auch Personen, mit großem Vermögen ins Visier, hauptsächlich solche aus den USA. Wie der *stern* in seiner Ausgabe vom 17. April berichtet hat, gehören diesen Investoren mit rund 5000 Firmen und etwa 400.000 Angestellten mittlerweile zu den größten Arbeitgebern Deutschlands. Ihr Vorgehen folgt dabei einem gängigen Muster: Private-Equity-Gesellschaften suchen sich die „Schmuckstücke einer Branche heraus“ (Thomas Middelhoff), kaufen sich ein, schließen oder veräußern diejenigen Unternehmensteile, die sie für unpassend halten und verkaufen den Rest oder bringen ihn an die Börse.“ *Stern 28.5.2005* <http://www.stern.de/politik/deutschland/539759.html?nv=cb>

WESTERWELLE: Wir werden nach dem Wahlsieg 2006 die Gewerkschaftsfunktionäre entmachten. Wir werden das starre Tarifvertragssystem aufbrechen. Betriebliche Bündnisse sind dann nicht mehr die Ausnahme von Gewerkschaftsgnaden, sondern die Regel, wenn es drei Viertel der Belegschaft möchten. Außerdem wollen wir die paritätische Mitbestimmung durch eine Drittelbeteiligung ersetzen, und die Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmerseite müssen aus dem Betrieb kommen, nicht aus fernen Gewerkschaftszentralen.

*Frage: Wollen Sie Straßenschlachten wie in Großbritannien unter Maggie Thatcher?*

WESTERWELLE: Daß Frau Engelen-Kefer und Herr Bsirske gegen ihre Entmachtung Hunderttausende auf die Straße bringen werden, damit muß ich rechnen. Wir müßten solche Massenproteste im Interesse der Gesundheit Deutschlands in Kauf nehmen. Wenn wir nicht den Mut haben, die Fremdbestimmung der Arbeitnehmer durch Funktionäre zu stoppen, wird eine neue Regierung scheitern.“<sup>4</sup>

Westerwelle droht den Gewerkschaften offen im Falle eines Wahlsieges von Schwarz-Gelb bei den Bundestagswahlen 2006. Man weiß nicht, was einen mehr erschrecken soll: Das Programm, den Gewerkschaften das Kreuz zu brechen, oder die Tatsache, dass die FDP in Koalition mit der Union mit einem solchen Programm in die Wahlen gehen will, also die Wählermehrheit gewinnen will. Nimmt man noch hinzu, dass für Langzeitarbeitslose jetzt bereits elektronische Fußfesseln gefordert werden,<sup>5</sup> so haben wir eine Angriffswelle gegen die arbeitenden Klassen, die reaktionärer nicht sein könnte: Abschaffung des 1. Mai, Entmachtung der Gewerkschaften, Zerschlagung der Tarifverträge, Angriff auf den Arbeitsschutz, Versklavung der Arbeitslosen... Man neigt dazu, in dem Zusammenhang die Parole zu zitieren, die heuer auf antifaschistischen Kundgebungen auftauchte: „60 Jahre danach, und schon wieder kurz davor!“

Diese Dinge wurden auf der Augsburger Mai-Kundgebung des DGB nicht alle angesprochen, lagen aber sozusagen in der Luft. Diese bedrohliche Lage soll nach dem Kalkül des SPD-Vorsitzenden Müntefering dazu ausgenutzt werden, die SPD als staatliche Schutzmacht zu präsentieren. Eine gewisse Wirkung zeigte das schon bei der Kundgebung. Die Schandtaten der Bundesregierung wurden der Sache nach einer Kritik unterzogen, aber die Bundesregierung selbst blieb auffallend unkritisiert. Die ganze Kundgebung hatte ein bisschen den Charakter: wir müssen uns um die SPD scharen, es bleibt uns gar nichts anderes übrig.

Wenn die SPD etwas zu bieten hätte, wäre das ja nicht unbedingt ein Schaden. Aber was hat Müntefering denn zu bieten? Die „SPD ist die Schutzmacht der anständigen Arbeitnehmer und Unternehmer“, sagt Müntefering.<sup>6</sup> Die Ausweitung des Entsendegesetzes am Bau gegen Lohndumping, die Offenlegung von Managergehältern, zinsgünstige Kredite für kleinere und mittlere Unternehmen sowie die Angleichung von Steuersätzen und Bemessungsgrundlagen

---

<sup>4</sup> Pressemitteilung der FDP, zitiert nach

[http://www.pressrelations.de/new/standard/result\\_main.cfm?aktion=jour\\_pm&comefrom=scan&r=188381](http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?aktion=jour_pm&comefrom=scan&r=188381)

<sup>5</sup> Hessens Justizminister Christian Wagner (CDU) hat mit einer umstrittenen Erklärung zum Einsatz der elektronischen Fußfessel bei Langzeitarbeitslosen für Wirbel gesorgt. [...] Die Aufregung war durch eine Presseerklärung entstanden, die von einem Leipziger Aktionsbündnis gegen Sozialabbau publik gemacht worden war. Darin heißt es zum Einsatz der Fußfessel bei Straftätern: „Die Fußfesselträger werden zu einer für ihre Verhältnisse hohen Selbstdisziplin und zur Erfüllung des ihnen vorgegebenen Wochenplans angehalten. Die elektronische Fußfessel bietet damit auch Langzeitarbeitslosen und therapierten Suchtkranken die Chance, zu einem geregelten Tagesablauf zurückzukehren und in ein Arbeitsverhältnis vermittelt zu werden.“ *Zitiert nach Augsburger Allgemeine 29.4.2005*

<sup>6</sup> <http://www.spd.de/servlet/PB/menu/1009368/1048790.html>

in Europa seien ein Teil der Maßnahmen, jedoch „kein komplettes Programm“, stellte Müntefering fest. Das ist ein dürftiges Programm. Dafür gab es Eier auf der Maikundgebung.

Die *Ausweitung des Entsendegesetzes am Bau gegen Lohndumping* wird mit Sicherheit im Bundesrat blockiert und die bessere Alternative, ein gesetzlicher Mindestlohn wird von der Bundesregierung (Schröder, Clement) abgelehnt.<sup>7</sup> *Die Offenlegung von Managergehältern* ist angesichts der skandalösen Bereicherung eine zu billige Forderung. *Zinsgünstige Kredite für kleinere und mittlere Unternehmen* gehören ebenso wie *die Angleichung von Steuersätzen und Bemessungsgrundlagen in Europa* zur Unternehmensförderung und arten dann konkret in die Senkung, bzw. den Erlass der Erbschaftsteuer für Unternehmen und die Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 auf 19% aus. Schlimmer noch, in der *Angleichung von Steuersätzen* lauert eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, z.B. auf 17%. Von der Agenda 2010 sollen selbstverständlich keine Abstriche gemacht werden und zur vielleicht einzigen größeren Reformperspektive, der Bürgerversicherung, äußerte sich Müntefering schon vor Monaten: Sie „kommt“ nicht.

Wesgen dieser unternehmerfreundlichen Betrügereien sichert sich Müntefering vorsichtshalber theologisch ab: am Abend des 1. Mai predigte er in der Kreuzkirche nach Matthäus-Psalmen „über die Gerechten und über ihr Tun“ und das, was nach christlicher Tradition „Werke der Barmherzigkeit“ genannt wird.

In der christlichen Lehre zählen zu den leiblichen Werken der Barmherzigkeit z.B. Bedürftigen Kleidung geben, Kranke besuchen, Tote begraben. Die sieben geistigen Werke der Barmherzigkeit sind: Sünder zurechtweisen, Unwissende belehren, Zweifelnden recht raten, Betrübe trösten, Lästige geduldig ertragen, Gerne verzeihen, Für Lebende und Tote beten.

Der SPD-Vorsitzende glaubt, damit leben zu können und sicher glaubt das auch der Finanzminister, denn die geistigen Werke der Barmherzigkeit sind z.B. relativ billig. Die Gewerkschaftsvorsitzenden verlangten am 1. Mai andere Dinge. Der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, Frank Bsirske, sprach sich auf einer Kundgebung in München für gesetzliche Mindestlöhne aus. Eine Absage erteilte Bsirske Bestrebungen nach längeren Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich. Ursula Engelen-Kefer, verlangte auf einer DGB-

---

<sup>7</sup> *Handelsblatt*, 28.4. rül. Mit einer Novellierung des Entsendegesetzes will die Bundesregierung auf die zunehmende Forderung der Gewerkschaften nach einem gesetzlichen Mindestlohn antworten. Am 27.4. beschloss das Bundeskabinett, noch im Mai im Bundestag eine Novelle des Entsendegesetzes einzubringen. Bei bundesweiten Tarifverträgen erlaubt dieses Gesetz dem Wirtschaftsminister, die im Tarifvertrag vereinbarten Löhne auf Antrag einer Tarifpartei per Rechtsverordnung zum verpflichtenden Mindestlohn für alle Beschäftigten der Branche zu machen. Bisher gilt diese Regelung nur für die Bauwirtschaft. In Zukunft, so die Vorlage im Kabinett, soll das in allen Branchen möglich sein. Die Novelle bedarf der Zustimmung des Bundesrats. CDU und CSU haben bereits verkündet, nicht zustimmen zu wollen. Sie erklärten, sie seien nur zu befristeten Mindestlohnregelungen bereit und das nur, wenn beide Tarifparteien eine solche Regelung fordern. Das dürfte außerhalb des Bausektors kaum der Fall sein. Damit ist das Vorhaben der Bundesregierung zunächst eine reine Schaufensterveranstaltung für den NRW-Wahlkampf. Hinzu kommt: In Bereichen, in denen ein gesetzlicher Mindestlohn dringend erforderlich wäre, gibt es keine bundesweiten Tarife. Im Hotel- und Gaststättengewerbe oder in der Fleischindustrie zum Beispiel fehlen bundesweite Tarifverträge. „Im Hotel- und Gaststättengewerbe, wo sich 700.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf 210.000 Betriebe verteilen, fehlt uns die Mächtigkeit“, so der Vorsitzende der Gewerkschaft NGG, Möllenberg. Ebenso ist die Situation in der Landwirtschaft, bei Frisuren und anderen Dienstleistungen und in vielen Bereichen des Handwerks. Selbst wenn die Novelle in Kraft treten würde, würde es also noch Jahre dauern, bis mit diesem Gesetz in solchen Sektoren ein tatsächlich geltender Mindestlohn erreicht ist. Bei einem Treffen des Kanzlers mit Gewerkschaftsvorsitzenden am Abend des 27.4. forderten deshalb Möllenberg und ver.di-Chef Bsirske erneut einen gesetzlichen Mindestlohn. Dazu aber sind weder Kanzler Schröder noch Wirtschaftsminister Clement bereit. *Nach Handelsblatt*, 28.4. rül, zitiert auch *Politische Berichte 9/2005*, GNN-Verlag

Kundgebung in Paderborn eine einheitliche Mindestbesteuerung von Unternehmen in Europa. Mit Blick auf die Hartz-Gesetze sagte der DGB-Vorsitzende Sommer in Mannheim, es sei „nicht unehrenhaft, sich zu korrigieren“. Er forderte Änderungen bei den Zumutbarkeitsregeln und Ein-Euro-Jobs. An den Maikundgebungen beteiligten sich laut DGB bundesweit 530 000 Menschen, was über dem Durchschnitt der vergangenen Jahre von 500 000 liege. Nur 2003 sei der Zulauf wegen des Protests gegen die Reform-Agenda 2010 der Bundesregierung mit einer Million Teilnehmern viel höher gewesen. In Bayern erwartete der DGB dieses Jahr 100 000 Teilnehmer.

In Augsburg war ein gewisser Schulterschluss mit dem Oberbürgermeister unverkennbar. Letztes Jahr wurde die Kulturpolitik und der Kulturbegriff der Stadtverwaltung ziemlich scharf aufs Korn genommen weil die Rolle der arbeitenden Klassen von der Stadt verkannt oder unterbewertet wurde. Der OB als stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender des Klinikums wurde ultimativ aufgefordert, gegen die Ausgründung einer Service GmbH zu stimmen, etc.<sup>8</sup> Inzwischen verfehlte die Stadt die Bewerbung zur Kulturhauptstadt und die Service GmbH kam auch nicht.<sup>9</sup> Die Dinge sind kompliziert.

Der kulturelle Anspruch der Stadt, mit dem Thema Frieden als Schwerpunkt, birgt Positives und fordert aber auch Kritik heraus. Zum Beispiel Abschiebungen und Rüstungsproduktion – beides leider kein Thema am 1. Mai. Der Antifaschismus auf kommunaler Ebene wurde heuer allerdings deutlich thematisiert – und das ist sehr bemerkenswert. Von den acht Geschäftsführern der Einzelgewerkschaften wurden kurze Statements präsentiert, auf welchen Feldern die Kommune gegen Rechtsextremismus agieren kann. So wichtig das ist – es wurde sehr weich serviert, keine einzige konkrete Forderung wurde erhoben, die Politik der Stadt in keinem Punkt kritisiert.

Sieht man sich das Grußwort des OB<sup>10</sup> an, so bekommt man fast den Eindruck, der OB suche den Schulterschluss mit den Gewerkschaften. Der OB berichtete, dass er auf Antrag der SPD eine Resolution der Stadt zur Korrektur der EU-Dienstleistungsrichtlinie zur Abstimmung gebracht habe. Die beachtliche Resolution, die vom gesamten Stadtrat mit Ausnahme der FDP getragen wird, fordert die Ablehnung der EU-Richtlinie in der vorliegenden Form, da vor allem die Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen bei der Daseinsvorsorge elementar gefährdet sind. Die Resolution stelle einige wichtige Forderungen auf, die vor allem auf die vertragliche Absicherung der Handlungsmöglichkeiten der Gebietskörperschaften bei *Dienstleistungen von allgemeinem Interesse* abzielen, wozu die Gesundheits- und Sozialdienstleistungen, die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, der öffentliche Personennahverkehr, Abfallwirtschaft, Bildung und Kultur zählen. Heimische Dienstleistungsanbieter dürften nicht diskriminiert werden. Die Umgehung von Arbeitsschutz-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz-Standards soll u.a. dadurch verhindert

---

<sup>8</sup> s. unseren Artikel zum 1. Mai 2004 in Augsburg [http://www.forumaugsburg.de/s\\_3themen/Arbeit/040504\\_01-mai/artikel.htm](http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Arbeit/040504_01-mai/artikel.htm)

<sup>9</sup> Die Service-GmbH am Klinikum, mit der tausende von Beschäftigten aus den Dienstleistungsbereichen Küche, Wäscherei, Reinigung, Technik, Apotheke aus dem Tarif genommen werden sollten, wurde tatsächlich im Verwaltungsrat gekippt, weil ein Gutachten zu geringe Einsparungen prognostizierte. Das Projekt der Ausgründung scheiterte aber auch am Widerstand von verdi und den PersonalrätInnen. Die Personalratsvorsitzende Hildegard Schwing: „Da werden Frauen mit 30 Prozent weniger Lohn in die Armut gedrängt und die Ersparnis kommt nicht mal dem Klinikum zugute, weil ein privater Partner mitverdienen will.“ Worüber jetzt öffentlich anscheinend nicht mehr geredet wird, ist die Tarifneugestaltung durch einen Wechsel vom BAT zum PVÖD seit Februar 2005. In diesem Tarifvertrag sind neue Niedriglohngruppen enthalten, in die z.B. die Reinigungskräfte eingruppiert werden sollen, sobald ihr Bestandsschutz wegen Auslaufen der befristeten Arbeitsverträge zum 1. Oktober 2005 weg ist. Für verdi ist das bittere Medizin, allerdings bleibt der Flächentarif erhalten und damit z.B. eine nicht zu verachtende Zusatzrente im Öffentlichen Dienst.

<sup>10</sup> [http://www.augsburg.de/Seiten/augsburg\\_d/surbrett/reden/reden\\_u/pdf/050501.pdf](http://www.augsburg.de/Seiten/augsburg_d/surbrett/reden/reden_u/pdf/050501.pdf)

werden, dass Unternehmen vor Ort hinsichtlich der Einhaltung von Schutzbestimmungen kontrolliert und sanktioniert werden dürfen. Lediglich die Formulierung, dass „Vorkehrungen“ gegen „Lohndumpingspiralen“ „getroffen werden“ müssten, ist etwas zu vage.<sup>11</sup>

Ferner brach der OB eine Lanze für die örtliche Umsetzung des Tariftreuegesetzes: er werde „in Kürze die Position Augsburgs zur Tariftreueerklärung noch deutlicher machen, um damit anderen Städten ein Beispiel zu geben“. Damit ist vermutlich gemeint, dass die Stadt bei Vergabe von Bauaufträgen nach außen in den Verträgen festhält, dass Tarifverträge von Auftragnehmern und Subunternehmern eingehalten werden müssen und nach Tarif bezahlt werden muss. Auch das wäre sehr beachtlich.

Leider werden die Teilnehmer am 1. Mai deutlich weniger. Es dürften heuer ca. 200 weniger Teilnehmer gegenüber letztem Jahr gewesen sein und ca. 500 weniger gegenüber vorletztem Jahr. Sollen wir uns damit trösten, dass auch das Haifischbecken leerer wird? Beim 1. Mai 2004 wurde die Augsburger Industrie mit einem Haifischbecken verglichen, heuer mußte man den Verlust eines Haifisches feststellen (Walter Bau). Dies kann kein echter Trost sein, aber die Möglichkeit einer besseren Kooperation zwischen Gewerkschaften und Stadtverwaltung im Interesse der kommunalen Selbstverwaltung und der Sicherung der Lebenslage der Lohnabhängigen, Arbeitslosen bzw. Einwohner wären ein Trost.

*Peter Feininger*

---

<sup>11</sup> Wir dokumentieren hier den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion an den OB, der neben einer interessanten Begründung die Resolution enthält, die in dieser Fassung verabschiedet wurde:  
[http://www.forumaugsburg.de/s\\_3themen/Arbeit/050507\\_01-mai/dl.htm](http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Arbeit/050507_01-mai/dl.htm)